

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
18.11.2009

Finanzkrise und Grünlandverordnungen bremsen Grünlandswund

Region Niedersachsen/Bremen hat 5 %-Grenze überschritten Behm: Bundesregierung weiterhin gefordert, ökonomische Rahmenbedingungen für Grünland zu verbessern

Der Verlust an Dauergrünland in Deutschland schreitet weiter voran, wenn auch gegenüber dem Vorjahr gebremst. Dies ergibt sich aus den neuen Zahlen, die die Bundesregierung der Sprecherin für Ländliche Entwicklung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm, als Antwort auf ihre aktuelle Schriftliche Frage zu diesem Thema mitgeteilt hat. Während der Grünlandanteil im Jahr 2008 um 1,1 % abnahm, waren es im Jahr 2009 0,3 %. Insgesamt sank der Grünlandanteil damit seit 2003 um 3,7 %.

"Der Trend zum Grünlandumbruch ist leicht gebremst, aber immer noch besorgniserregend", stellt Cornelia Behm angesichts der neuen Zahlen fest. "Hier spielt offenbar der weltweite Konjunkturreinbruch eine Rolle, der auch die Nachfrage nach Agrargütern und die Agrarpreise gedrückt hat. Wenn die Agrarkonjunktur wieder anzieht, reche ich wieder mit höheren Verlustraten."

Die gesamte beihilfefähige Agrarfläche nahm im letzten Jahr infolge der Zersiedelung um 32.500 ha weiter ab. Davon waren allein 23.000 ha Grünlandflächen, obwohl das Dauergrünland weniger als ein Drittel der Agrarfläche ausmacht. Behm: "Das zeigt, wie gefährdet das Dauergrünland nach wie vor ist."

"Bemerkenswert ist, dass die Länder, die durch EU-Recht zu Gegenmaßnahmen in Form eines Umbruchverbots gezwungen waren, ihre Verluste stoppen bzw. einen wieder zunehmenden Grünlandanteil erreichen konnten. Das betrifft Schleswig-Holstein/Hamburg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern. Das zeigt: Das Umbruchverbot wirkt. Die Bundesländer sollten hieraus Konsequenzen ziehen und rechtzeitig handeln, statt das Reißen der 5%-Hürde abzuwarten."

Dramatisch ist die Entwicklung jedoch in einigen Regionen, die bisher noch nicht formal zu Gegenmaßnahmen gezwungen waren: Die Region Niedersachsen/Bremen hat im laufenden Jahr 1,4 % und damit seit 2003 6,4 % Grünlandfläche verloren. Diese Länder müssen nunmehr eine Grünlandverordnung erlassen. In Thüringen nahm der Grünlandanteil im laufenden Jahr um 2,4 % ab, obwohl dort die Verluste mit 0,7 % bis zum letzten Jahr eher mäßig waren. Dies zeigt", so Behm, "dass damit gerechnet werden muss, dass die meisten Länder mittelfristig die EU-rechtlich zulässigen 5 % Grünlandumbruch ausschöpfen werden."

Behm: "Die Bundesregierung muss daher endlich dafür sorgen, dass sich die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Grünlandbewirtschaftung *dauerhaft* verbessern. Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich aus ihrer tatenlosen Beobachterhaltung herauszukommen. Sie muss aufhören, den Trend zum Grünlandumbruch durch Verweis auf statistische Spitzfindigkeiten klein zu reden und sich damit zu beruhigen, dass sich der Bestand an Grünland auf Dauer schon wieder stabilisieren werde, wie es der parlamentarische Staatssekretär Müller beim Grünlandgipfel des NABU im Mai tat."

Die von der neuen Koalition vereinbarten 500 Mio. Euro für ein Grünlandmilchprogramm in den Jahren 2010 und 2011 können dem Grünland allenfalls kurzfristig helfen. Ob überhaupt, das wird jedoch davon abhängen, ob das Programm an die Grünlandbewirtschaftung selbst und nicht an die Zahl der Kühe gekoppelt wird. Denn Kühe können auch im Stall stehen und Futter vom Acker fressen. Wie das Grünlandmilchprogramm aber tatsächlich ausgestaltet werden soll, ist weiter offen.

Auch sollte man nicht darauf vertrauen, dass die Angleichung der Grünland- und der Ackerprämien im Zuge des Gleitflugs zwischen 2010 und 2013 die Probleme vollends lösen wird. Der Gleitflug wird die ökonomische Lage des Grünlandes zwar verbessern - vollständig ausgleichen wird er die ökonomischen Nachteile des Grünlandes aber sicherlich nicht.

Bundesland

Baden-Württemb.

Bayern

Brandenburg & B

Hessen

Mecklenburg-Vorp.

Nieders. & HB

NRW

Rheinland-Pfalz

Saarland

Sachsen

Sachsen-Anhalt

Schl.-Holst & HH

Thüringen

Deutschland